



HESSISCHER LANDTAG

30.11.2017

HHA

Änderungsantrag

der Fraktion der FDP

zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung für ein Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Hessen für die Haushaltsjahre 2018 und 2019 (Haushaltsgesetz 2018/2019)

Drucksache 19/5237

Inhalt des Antrags: **Streichung von zusätzlichen Stellen in der Staatskanzlei**

Einzelplan **02 Hessischer Ministerpräsident**

Der Landtag wolle beschließen:

Zu Kapitel 02 01 Ministerpräsident und Staatskanzlei - Ministerin für Bundes- und Europaangelegenheiten
Buchungskreis: 2100

Kameraler Haushalt 2018:

Beträge in EUR

Titel	Zweckbestimmung	von	um	auf
422	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen und Beamten	10.166.100	-308.400	9.857.700

Kameraler Haushalt 2019:

Beträge in EUR

Titel	Zweckbestimmung	von	um	auf
422	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen und Beamten	10.752.600	-308.400	10.444.200

Kameraler Haushaltsabschluss 2018:

Beträge in EUR

Hauptgruppe	von	um	auf
HG 4	18.700.400	-308.400	18.392.000
Kameraler Zuschuss/Überschuss	-34.905.300	+308.400	-34.596.900

Kameraler Haushaltsabschluss 2019:

Beträge in EUR

HG 4	19.445.600	-308.400	19.137.200
Kameraler Zuschuss/Überschuss	-35.467.000	+308.400	-35.158.600

Im Stellenplan werden die für 2018 neu geschaffenen Stellen (2 x A 16, 1 x A 15, 1 x A 14) wieder gestrichen.

Begründung des Änderungsantrags:

Der Aufbau weiterer Stellen im höheren Dienst in der Staatskanzlei ist nicht notwendig. Der bestehende Stellenschlüssel ist für die Aufgaben der Staatskanzlei ausreichend.

Wiesbaden, 28.11.2017

Für die Fraktion der FDP
Der Fraktionsvorsitzende

René Rock